

Manfred Hildermeier

Ursachen des Ersten Weltkriegs: Russland

Angesichts des umfangreichen Themas und des begrenzten Raumes ist es hier nur möglich, einige wichtige Aspekte und Faktoren herauszugreifen und sie in aller Kürze zu skizzieren: Im Folgenden werden die Beziehungen des Zarenreichs zu Frankreich und Großbritannien daher weitgehend außen vor bleiben und die Entwicklungen im Verhältnis Russlands zu den Mittelmächten Deutschland und Österreich im Vordergrund stehen.

I. Dennoch muss ich mit der Erwähnung der *russisch-französischen Verständigung* von Ende 1893 beginnen, weil sie fraglos absolut zentral war. Es ist sogar üblich geworden, die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs mit ihr beginnen zu lassen. So wie die Rede von der „Urkatastrophe“ für den Krieg selber – zumindest aus deutscher Sicht – weite Verbreitung gefunden hat, so ist auch der Titel einer Standarddarstellung von George F. Kennan zur allgemein akzeptierten Chiffre geworden: „*The Fateful Alliance*“.¹ Denn mit dem Bündnis zwischen langjährigen Erzfeinden und Systemgegnern nahm die Koalition der späteren Kriegsgegner Deutschlands und Österreichs ihren Anfang. Da die Mittelmächte schon miteinander liiert waren, zeichnete sich bereits zu dieser Zeit jene Konfrontation ab, die sich in den folgenden Jahrzehnten nur noch verhärtete, zumal auch Großbritannien durch die Aussöhnung mit dem Zarenreich 1907 Partei ergriff.

Nun ist zwar die Bedeutung dieser Allianz tatsächlich unbestreitbar. Dennoch sollte man keine Zwangsläufigkeit in die Entwicklung legen. In mancher Hinsicht blieb die Situation in dem Sinne flexibel, dass es bis beinahe zum Vorabend des Krieges Chancen zu einem Arrangement – um den Begriff „Verständigung“ zu vermeiden – mit Deutschland gab. Ich will das kurz illustrieren.

Es war schon bezeichnend, dass die zarische Regierung zeitgleich mit der politischen Hinwendung zu Frankreich einen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich abschloss (1894). Zuvor hatte es – im Gefolge des protektionistischen sogenannten Mendeleev-Tarifs von 1891 – einen regelrechten Zollkrieg gegeben; dennoch konnte man sich trotz allem einigen – weil man es *wollte*. Die größeren Zugeständnisse machte wohl das Deutsche Reich, das einige, anderen Staaten gewährte Zugeständnisse auf Russland übertrug. Wenn man solche Konzessionsbereitschaft samt der zeitlichen Nähe zum Neuanfang im russisch-französischen Verhältnis bedenkt, liegt die Vermutung nahe, dass auf deutscher Seite nicht nur wirtschaftlich-industrielle Interessen im Spiel waren. Das Auswärtige Amt unterstützte das Abkommen (anders als die militärische Führung) ausdrücklich. Hier

¹ Vgl. George F. Kennan: *The Fateful Alliance. France, Russia, and the Coming of the First World War*. New York 1984.

bedauerten manche die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrags von 1890 und sahen eine Chance, Bismarcks vielzitierten „Draht nach Russland“ wenigstens auf diesem Gebiet wiederherzustellen. Aber auch Russland machte Konzessionen und senkte die Tarife von 1891 für ein breites Waren sortiment. So hat der Handelsvertrag maßgeblich dazu beigetragen, Deutschlands Rolle als wichtigster Wirtschaftspartner des Zarenreichs zu festigen. Deshalb wurde er nach dem Ende seiner zehnjährigen Laufzeit 1904 trotz schwieriger Verhandlungen und einer grundsätzlich unveränderten Bündnis konstellation in Europa um weitere zehn Jahre verlängert.²

Auch der politische Gesprächsfaden riss trotz unterschiedlicher Allianzen nicht ab. Gerade im letzten Vorkriegsjahrzehnt gab es bis kurz vor Ausbruch des offenen Konflikts immer wieder Kontakte zwischen dem Zarenreich und den Mittelmächten. Solche Verständigungsversuche verdichteten sich in zahlreichen Monarchenbegegnungen, in deren herausgehobener Bedeutung die besondere politische Verfassung der drei kaiserlichen Staaten nach wie vor zutage trat.

So machte der neue Zar Nikolaus II. 1896 gleichsam seine Antrittsbesuche in Wien und Berlin (im Übrigen auch in Paris); 1897 antworteten Franz Joseph und Wilhelm II. mit Gegenreisen nach St. Petersburg. Bei den österreichisch-russischen Treffen konnte man sich auch auf eine gemeinsame Formulierung der jeweiligen Ansprüche im Dauerstreit auf dem Balkan einigen. Beide Kontrahenten verständigten sich grundsätzlich darauf, auf territoriale Ansprüche zu verzichten sowie sogar darauf, die Balkanstaaten zur friedlichen Beilegung gegensätzlicher Ansprüche anzuhalten. Allerdings erreichte man dies nur um den Preis, wichtige Fragen auszuklammern. Beim ebenso heiklen wie zentralen Meerengenproblem weigerte sich das Zarenreich, die österreichische Meinung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, sie sei eine „europäische“ Frage – über die mithin nur im Konzert aller Großmächte entschieden werden konnte (und nicht bloß bilateral); und auch das Recht Österreichs auf die förmliche Annexion Bosniens, 1878 in Berlin in Aussicht gestellt, wollte es nicht explizit bestätigen. Damit ließ die Vereinbarung, wie sich 1908 zeigen sollte, den explosivsten Konflikt bestehen.

Häufiger und intensiver waren deutsch-russische Konsultationen. Man darf annehmen, dass dies auch mit der Verwandtschaft und Generationsverbundenheit der beiden jungen Kaiser Nikolaus II. und Wilhelm II. zusammenhang. Wichtiger aber dürfte das Interesse gewesen sein, das beide Regierungen aneinander hatten und das auf deutscher Seite besonders ausgeprägt gewesen zu sein scheint. Jedenfalls sahen sich die Cousins sehr häufig, nach Jahrhundertbeginn fast jeden Sommer. So eng war der Kontakt – und so groß das deutsche Engagement –, dass Wilhelm II. in ausdrücklicher Anknüpfung an einen entsprechenden Usus unter Nikolaus I. ein Dreivierteljahrhundert zuvor, einen Adjutanten an den St. Petersburger Hof schickte, der dem Zaren direkt zugeordnet wurde und für eine schnelle und vertrauliche Kommunikation zwischen ihnen sorgen sollte.

² Vgl. *Manfred Hildermeier*: Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution. 2. Aufl. München 2013, S. 1099ff (mit weiterer Literatur); *Dietrich Geyer*: Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914. Göttingen 1977, S. 116ff; *Dominic C. B. Lieven*: Russia and the Origins of the First World War. New York 1983.

Allerdings blieben die erhofften politischen Resultate aus. Russland war zwar an guten Beziehungen zum aufstrebenden Deutschen Reich interessiert; vor allem wirtschaftlich brauchte es dessen Unterstützung sogar. Aber es wollte sich auf keinen Fall aus der französischen Allianz wieder herauslocken lassen. So war es bezeichnend, wie die zarische Regierung mit dem Vorschlag zu einer „Kontinentalliga“ zwischen Russland und Deutschland (samt Österreich-Ungarn) umging, den Wilhelm II. mehrfach in St. Petersburg präsentierte: Sie erklärte ihre Bereitschaft, einer möglichen Zollunion gegen England beizutreten, hielt sich aber ansonsten zurück.

Nur einmal, als sich das Russische Reich in einer besonders prekären Situation befand, schien die deutsche Politik ihr Ziel erreicht zu haben. Sie verdankte dies der intellektuellen Schlichtheit und dem Solidaritätsbedürfnis des Zaren im Kampf gegen die Revolution sowie einer Handlungsweise seines Berliner Cousins, die man nicht anders als Überrumpelung nennen kann. Schon Ende Oktober 1904 hatte die Reichsregierung versucht, die russische Bedrängnis im Japankrieg auszunutzen, und das Angebot einer „Kontinentalliga“ erneuert. Gleichsam als Lockmittel wurde in Aussicht gestellt, auch Frankreich einzubeziehen (!), um das sich aber Russland bemühen müsse. Die zarische Regierung fragte bei eben diesem potenziellen Bündnispartner an, erhielt erwartungsgemäß eine empörte Absage und lehnte umgehend ebenfalls ab. Wilhelm II. gab aber nicht auf und nahm einen fertigen Vertragsentwurf mit in die Sommerfrische der schwedischen Schären-Insel Björkö, wo er sich im Juli 1905 erneut mit dem Zaren traf. Ohne Rücksprache mit seinem Außenminister unterschrieb Nikolaus. Allerdings überschätzte die Berliner Regierung die bindende Wirkung seiner Entscheidung. Mit vereinter Überredungskunst brachten der Außenminister Vladimir Lamsdorff, der Premierminister Sergej Witte und der Großfürst Nikolaj Nikolaevič den Zaren wenig später dazu, den deutschen Kaiser in einem förmlichen Schreiben zu bitten, den Vertragsbeginn zu verschieben, bis Frankreich seine Zustimmung gegeben habe – die aber blieb, kaum überraschend, aus. Deutschland blieb nichts anderes übrig, als die Realität zur Kenntnis zu nehmen.³

Auf diesem schmalen Grat „guter Nachbarschaft“ und Verständigung im Kleinen, aber *ohne* vertragliche Bindung bewegte sich die russische Außenpolitik gegenüber Deutschland auch in den folgenden Jahren. Im Februar 1907 verhandelte man über die Verhinderung möglicher Reibungen im Osten des Osmanischen Reichs, wo das Deutsche Reich das typisch imperialistisch-vermessene Projekt der Bagdadbahn verfolgte. Desgleichen sprach man über den Balkan, da Russland auf deutsche Vermittlung hoffte. Eine abermalige *Entrevue* zwischen den Kaisern, die im Juli 1907 in Swinemünde stattfand, erbrachte aber nur ein Protokoll über das Baltikum, mithin über eine damals vergleichsweise bedeutungslose Region ohnebrisante Konfliktherde. Zu einem ähnlich marginalen Ergebnis führten auch weitere Gespräche, die Ende Oktober (n. St.) 1910 in Potsdam stattfanden. Zwar erreichte man etwas mehr und unterzeichnete im August 1911 sogar ein förmliches Abkommen über die Interessenabgrenzung im Nahen Osten. Aber die eigentlichen, ungleichbrisanteren Streitfragen in Europa blieben ausgespart. Der neue Außenminister Sergej Sazonov ließ sich nicht gegen England oder Frankreich in Stellung bringen.

³ Von deutscher Seite zusammenfassend: Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945. Stuttgart 1995, S. 212ff, 267f.

So endete auch diese höchststrangige Begegnung wie manche anderen vorher – ohne Vertrag und ohne Wechsel der Bündniskonstellation. Formal hatte sich das deutsch-russische Verhältnis seit dem Widerruf der Vereinbarung von Björkö nicht verändert. Aber es gab Gespräche beinahe bis zuletzt.

II. Als zweites Schlüsselereignis in der Vorgeschichte des Weltkriegs sei die *Bosnienkrise* von 1908 genannt. Auch sie steht etwas quer zur retrospektiven Versuchung, die Ursachen des Übels im russisch-französischen Zusammengehen zu sehen. Denn in gewisser Weise lag diesem Bündnis ein Missverständnis zugrunde: Frankreich wollte mit *Deutschland* abrechnen; Russlands eigentlicher Gegner aber war *Österreich* mit dessen Ambitionen auf dem Balkan. Für das Deutsche Reich dagegen galt in politisch-territorialer Hinsicht immer noch der Bismarck'sche Befund, der zur Grundlage seiner Russlandpolitik geworden war: dass es mit dem Zarenreich keine ‚harten‘ Differenzen gebe, die man nicht ausräumen könne. Hinzu kam, dass sich eben diese Rivalität zwischen Österreich und dem Zarenreich in dramatischer Weise verschärfte. Dies ergab sich weder mit innerer Logik aus dem russisch-französischen Bündnis, noch war die Zuspitzung vorhersehbar. Sie wirkte sich nur deshalb so verheerend auch auf die deutsch-russischen Beziehungen aus, weil Deutschland Österreich die Stange hielt. In dieser „*Nibelungentreue*“ lag in der Tat ein Moment der Eigendynamik der Bündniskonstellationen.

Begonnen hatten die neuen Querelen schon Anfang 1908, als die zarische Regierung von den österreichischen Plänen erfuhr, eine Bahntrasse von Bosnien durch den (osmanischen) Sandschak Novi Pazar zu bauen, die in der weiteren Perspektive den gesamten Balkan bis nach Saloniki durchqueren sollte. Ihr Außenminister Aleksandr Izvol'skij ließ die Wiener Regierung daraufhin wissen, dass sie eine solche wirtschaftsimperiale Erschließungsexpansion als Verstoß gegen die Vereinbarung von 1897 betrachte. Er blieb aber verständigungsbereit (weil die Armeeführung hatte wissen lassen, dass sie für einen Krieg nicht gerüstet sei) und erklärte seine Bereitschaft, auch über das österreichische Annexionsrecht in Bosnien zu sprechen. Österreich ging umgehend auf dieses Angebot ein, da es nach der sogenannten „jungtürkischen Revolution“ vom Juli 1908 mit der Möglichkeit eines Zusammenbruchs des Osmanischen Reichs rechnete.

Das Treffen zwischen dem österreichischen Außenminister Alois von Aehrenthal und Izvol'skij fand Mitte September 1908 im böhmischen Buchlau statt. Was genau besprochen wurde, wird sich kaum mehr genau ermitteln lassen; jede Seite hatte ihre eigene Version. Das Hauptinteresse Österreichs galt der Annexion Bosniens, die es angesichts der Ereignisse im Osmanischen Reich nun schnell vollziehen wollte. Russland hoffte, die neue Lage zur endgültigen Aufhebung aller Durchfahrtsbeschränkungen durch den Bosporus nutzen zu können, die es für seine Kriegsschiffe auch nach der Meerengenkonvention von 1871 noch gab (Zustimmung des Sultans). So ließ sich Izvol'skij offenbar auf einen unglücklichen Handel ein: Er scheint der Annexion gegen das doppelte Versprechen Österreichs zugestimmt zu haben, sie zum einen durch eine gesamteuropäische Mächtekonferenz sanktionieren zu lassen, und zum anderen Russland in dem Bemühen um die Aufhebung der Reste der Pontus-Klausel zu unterstützen. In der Tat konnte sich Aehrenthal damit über eine „Taube in der Hand“ freuen, während für Izvol'skij nur ein „Spatz auf dem Dach“ blieb. Die Doppelmonarchie zögerte denn auch nicht lang, das ihr bestätigte Recht

in Anspruch zu nehmen. Gestützt auf eine erneute Rückversicherung bei der deutschen Regierung annektierte sie Bosnien und die Herzegowina am 5. Oktober 1908 (n. St.).

Auf welch windige Zusage sich der russische Außenminister eingelassen hatte, erfuhr er schon bei seinen ersten Gesprächen in den europäischen Hauptstädten. Nicht nur die Berliner Regierung lehnte ab; genauso reserviert zeigte man sich in Paris und London. England fühlte sich, wie eh und je, dem Osmanischen Reich verpflichtet und wollte die Meerengen nur für alle Kriegsschiffe öffnen – ein für Russland nachgerade gefährlicher Vorschlag. Frankreich war überhaupt darüber verstimmt, dass sich sein Verbündeter auf ein solches Geschäft eingelassen hatte. Auch ein Appell der Duma zur Einhaltung der Vereinbarung sowie ein förmliches Protestschreiben des Zaren an den österreichischen Kaiser bewirkten nichts. Lediglich Wilhelm sagte seinem Cousin Unterstützung zu; allerdings blieb es bei freundlichen Worten. Der Doppelmonarchie war ein Coup gelungen. Bei Jahresende war deutlich, dass es keine internationale Konferenz geben würde und die europäischen Mächte diesen Akt hinnahmen. Die Bosnienkrise wurde, wie die Presse formulierte, zu einem „diplomatischen Tsushima“.⁴

III. Diese innerrussische Empörung über die Blamage verweist schon auf eine *dritte* wichtige Ursache für die baldige Zuspitzung der internationalen Lage bis zum Krieg: die ideologische Krankheit, die alle Großmächte jener Jahrzehnte befiehl – die *nationalistische Aufheizung* der öffentlichen Meinung und die neue Rolle der *publizistischen Öffentlichkeit* im politischen Prozess des Zarenreichs nach 1905. Dass die Diplomatie keine geschlossene, „arkane“ Welt mehr bildete, die primär ihren eigenen Regeln folgte, war nicht neu. Seit den 1870er Jahren hatten panslawistische, oft religiös unterfütterte Gedanken Einfluss auf außenpolitische Handlungen gewonnen. Ihnen hatten sich mehr und mehr – trotz langjähriger enger Kontakte – antideutsche Ressentiments beigemischt, die im säkularen Bündniswechsel von 1893/94 ihren größten Triumph feiern konnten: Als ausgerechnet der überzeugte Autokrat Alexander III. die Trikolore grüßte und der Marseillaise lauschte, wurde so sinnfällig wie nie zuvor, dass Außenpolitik nun zumindest auch anderen, neuen Imperativen folgte und auf eine zunehmend nationalistisch gestimmte Öffentlichkeit hörte.⁵

Diese Entwicklung erhielt durch die Erste Russische Revolution von 1905/06 einen enormen Schub. Wie immer man den Erfolg der Erhebung bewertet – keinem Zweifel unterliegt, dass sie trotz der begrenzten Rechte, die das neue „Grundgesetz“ der Duma nun gewährte, den *tatsächlichen politischen Prozess* im Reich grundlegend veränderte. Denn mit dem Parlament entstand so etwas wie eine *publizistische Öffentlichkeit*, in der die wichtigen politischen Fragen des Tages diskutiert wurden.⁶ Da die meisten Zeitungen mit bestimmten politischen Lagern sympathisierten, gab es auch eine Korrespondenz zu den Parteien der

⁴ Vgl. Hildermeier, Geschichte Russlands, S. 1104ff; V.A. Emec u. a. (red.): *Istorija vnesnej politiki Rossii. T. 5: Konec XIX – načalo XX veka (Ot russko-francuzskogo sojuza do oktjabr'skoj revoljucii)*. Moskva 1997, S. 234 (Zitat); Caspar Ferenczi.: Außenpolitik und Öffentlichkeit in Rußland 1906–1912. [= Historische Studien. H. 440]. Husum 1982, S. 150ff.

⁵ Vgl. Peter Jakobs: Das Werden des französisch-russischen Zweibundes, 1890–1894. Wiesbaden 1968, S. 84.

⁶ Vgl. Manfred Hagen: Die Entfaltung politischer Öffentlichkeit in Rußland 1906–1914. Wiesbaden 1982; weitere Literatur: Hildermeier, Geschichte Russlands, S. 1265ff.

Duma und den dortigen Diskussionen. Beides zusammen sorgte für einen *neuartigen Einfluss* der politisch engagierten Öffentlichkeit und überhaupt einer Öffentlichkeit auf die Außenpolitik. Auch die Autokratie, die streng genommen keine mehr war, wurde in dem Sinne moderner, dass sie der Öffentlichkeit – und das hieß: der „Gesellschaft“ – trotz aller Gegenwehr mehr und mehr *faktischen Einfluss* auf ihre Entscheidungen einräumen musste. Auch im Zarenreich wurde der Monarch immer deutlicher zum Repräsentanten der *Nation*, der nach *ihren* Interessen (und nicht etwa nach dynastischen) entschied und dabei gut beraten war, der Interpretation dieser Interessen durch die Öffentlichkeit zu folgen.

Dies fiel ihm und der Regierung umso leichter, als die Differenzen zwischen den tolerierteren politischen Lagern gering waren. Der nationale bzw. nationalistische Konsens reichte weit ins linksliberal-kadettische Lager hinein. Nur die radikale Opposition, die ohnehin in die Illegalität abgedrängt worden war, entzog sich ihm. Über das Bosnien-Debakel jammerten (fast) alle. Und das russische Engagement auf dem Balkan war Konsens. Nicht ohne Grund erhielt der unbestrittene Kopf der Konstitutionellen Demokraten – wenn auch erst nach Kriegsausbruch – den Beinamen: „Mil’jukov-Dardanel’skij“. Hinzu kam, dass dieser nationalistische Konsens im rechten Lager – von den Monarchisten am ehesten abgesehen – noch eine *ausgeprägt sozialdarwinistische* Beimischung erhielt. Eben diese fatalistische Grundüberzeugung von der Unausweichlichkeit eines „Endkampfes“ zwischen der slawischen und der germanischen Zivilisation, der über Leben und Tod entscheiden würde, verdichtete sich am Vorabend des Weltkriegs immer mehr. In den schicksalhaften Juliwochen 1914 spielte auch sie eine wesentliche Rolle.⁷

IV. Abschließend will ich mich der Frage zuwenden, welchen Anteil Russland nun am Kriegsausbruch selber hatte. Diese Frage, die natürlich mit dem Problem der deutschen Alleinschuld zusammenhängt, ist durch einige neuere Publikationen zum Gedenkjahr 1914, angedeutet oder explizit, wieder neu aufgeworfen worden. Wie bekannt, weist Christopher Clark in seinen „Schlafwandlern“ *Serbien*, dem er das erste große lange Kapitel widmet, einen erheblichen Teil der Verantwortung zu, ohne dass er so weit gehen würde, es an die Stelle Österreichs oder des Deutschen Reichs zu setzen.⁸ Serbien konnte dabei natürlich nur so handeln, weil es sich der russischen Rückendeckung sicher war und alles daran setzte, diesen Schutz zu erhalten. Sehr viel weiter geht Sean McMeekin, der seine Hauptthese schon im Titel seines Buch verdeutlicht: „The Russian Origins of the First World War“.⁹ Die Hauptschuld, so McMeekin, habe weder in Berlin noch in Wien oder in Belgrad, sondern in St. Petersburg gelegen. Hier habe man den uralten pannalistischen Traum von einer breiten Einflusszone auf dem orthodoxen Balkan und vor allem der Annexion der Meerengen samt der Einverleibung von Konstantinopel endlich in die Wirklichkeit umsetzen wollen. Das Osmanische Reich befand sich in der Agonie, das der Habsburger

⁷ Vgl. Caspar Ferenczi: Nationalismus und Neoslavismus in Rußland vor dem Ersten Weltkrieg. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 34 (1984), S. 7–128.

⁸ Vgl. Christopher M. Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Lizenz der Dt. Verl.-Anstalt, München. Sonderausg. Bonn 2013, S. 23ff.

⁹ Sean McMeekin: The Russian origins of the First World War. Cambridge, MA 2011; dt.: ders.: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe. Berlin/München/Wien 2014.

stand auf wackeligen Füßen – die Gelegenheit schien günstig, auch um den Preis eines Krieges.

Diese Schweise entfernt sich nun deutlich von dem Konsens, der seit Dominic Lievens Buch über die „Ursprünge“ des Weltkriegs von 1983 oder auch Dietrich Geyers Buch über den „Russischen Imperialismus“ (1977) erzielt worden war.¹⁰ Das ist an sich nichts Negatives; man muss nur neue, gute Argumente haben – und die fehlen. Ich will die Einwände, die man inzwischen in mehreren Rezensionen nachlesen kann, nicht wiederholen, sondern nur die gegenteilige Sicht, die ich nach wie vor für richtig halte, in aller Kürze zusammenfassen.

Diese Sicht läuft auf die These hinaus, dass Russland zwar weiterhin seine traditionellen – historisch, machtpolitisch und zunehmend auch panslawistisch-ideologisch unterfütterten – Ziele auf dem Balkan verfolgte, aber nicht vergaß, dass seine militärische Kraft allzu begrenzt war, um ohne Rücksicht auf die Folgen mit dem Haudegen herumzufuchtern. Nach der Niederlage gegen Japan und dem anschließenden inneren Erdbeben war es in jeder relevanten Hinsicht viel zu schwach, um sich auf weitere Abenteuer einzulassen. Die Regierung wusste das und agierte grundsätzlich zurückhaltend. Der häufig zu lesende Einwand, es habe aber doch mächtig aufgerüstet, taugt nicht als Gegenargument. Zwar ist der Hinweis richtig. Schon 1909/10 richtete der Ministerpräsident Petr Stolypin eine „Sonderberatung“ der betroffenen Ministerien ein, die einen Finanzplan zur Entwicklung der Armee und Flotte für die nächsten zehn Jahre aufstellte. Zwei Jahre später folgte ein ehrgeiziges, gleich auf zwei Dekaden ausgelegtes Flottenbauprogramm, da auch das Kontinentalimperium Russland meinte, ohne Präsenz auf den Weltmeeren keine wirkliche Großmacht zu sein. Hinzu kamen im März 1913 Aufrüstungsprogramme auch für die Landstreitkräfte, die eine neuerliche Sonderberatung unter dem Vorsitz des Zaren selber auf den Weg brachte. Sie sahen für die nächsten fünf Jahre vor allem Mittel zur Stärkung der Artillerie und zur Verbesserung der technischen Ausstattung generell vor. Entsprechend wuchsen die Militärausgaben, im Jahrfünft von 1908–1913 etwa um das 1,5fache.¹¹

Dieser letztgenannten Aufstockung lag überdies ein Strategiewechsel zugrunde; auch dieser Hinweis ist richtig. Der alte, von 1910 datierende Plan für den Ernstfall war im Kern defensiv. Unter dem Kriegsminister Vladimir Suchomlinov wurde dies 1912 geändert. Der neue (19.) Plan suchte das Heil in der Offensive und befahl im Fall eines Angriffs den sofortigen Gegenangriff. Dabei hatte man das Problem, sich auf *zwei* mögliche Gegner einstellen zu müssen. Man löste es, indem man je nach Angreifer stärkere und schwächere Verbände im Nordosten gegen Deutschland bzw. im Südosten gegen Österreich vorsah. In keinem Fall wollte man aber eine Front ganz entblößen, sondern an *beiden* zugleich operieren. Fraglos war dieser Plan, der 1914 noch galt, ehrgeizig und nicht frei von Selbstüberschätzung. Hinzu kam, dass er vom russischen Bahnwesen ebenfalls allzu viel verlangte. Trotz erheblicher Anstrengungen blieben die Transportkapazitäten so gering, dass

¹⁰ Vgl. *Hildermeier*, Geschichte Russlands, S. 1099ff; *Geyer*, Der russische Imperialismus, S. 116ff; *Lieven*, Russia and the Origins of the First World War.

¹¹ Vgl. *Istorija vnešnej politiki Rossii*, T. 5, S. 411. Zum Folgenden insgesamt: *Geyer*, Der russische Imperialismus, S. 220ff; *Lieven*, Russia and the Origins of the First World War, S. 50ff, 65ff; jüngste und beste Zusammenfassungen: *Jörn Leonhard*: Geschichte des Ersten Weltkrieges. 2. Aufl. München 2014, S. 84ff; *Gerd Krumeich*: Juli 1914. Eine Bilanz. Mit einem Anhang: 50 Schlüsseldokumente zum Kriegsausbruch. Paderborn 2014, S. 136ff.

die russische Armee etwa doppelt so lang wie die deutsche, österreichische oder französische brauchte – gut vier statt zwei Wochen –, um einsatzbereit zu sein. Eben dies sollte sich in den letzten Julitagen als fatal erweisen. Das Zarenreich trug mit dieser Verbindung von ambitionierter Planung und erheblicher Umsetzungsträgheit maßgeblich zu jenem oft beschriebenen Automatismus der Mobilisierungen bei, der Korrekturen erschwerte und dem bei allen Beteiligten ausgeprägten Fatalismus in die Hände spielte.

Zugleich bleibt aber festzuhalten, dass Russland mit solchen Rüstungsprogrammen nichts anderes tat als die anderen Großmächte – nicht zuletzt Deutschland – auch; besonders der „Navalismus“ erscheint im Rückblick als zeittypische Krankheit des Imperialismus. Die auf mittlere Sicht geplante Aufrüstung, die nicht zuletzt in Berlin zum Argument für einen Präventivschlag wurde, widerspricht der These daher keineswegs, dass es in der St. Petersburger Regierung keine eigentliche Kriegspartei gab. Niemand war zu sehen, der den großen Knall herbeiwünschte, zumal dieser nach allen militärischen Planungen mindestens zwei bis drei Jahre zu früh gekommen wäre (die erste Rüstungsetappe sollte etwa 1916 abgeschlossen sein); und unzweideutig ist gezeigt worden, dass auch Spekulationen über eine „Flucht nach vorn“ als Ventil für den sozialen Druck einer vermeintlich revolutionären Situation keine Grundlage haben.¹²

Im Gegenteil spricht alles dafür, dass die russische Regierung ernsthaft darum bemüht war, die Krise im Zaum zu halten und den entscheidenden Schritt, die Anordnung der *allgemeinen* Mobilmachung, erst tat, als sie die Hoffnung aufgegeben hatte, dass Deutschland seinen österreichischen Verbündeten bremsen würde. Allerdings galt dies unter einer Voraussetzung: Die entscheidenden Akteure waren sich mit der nationalistisch gestimmten Öffentlichkeit darin einig, dass Russland seinen Schützling nicht allein lassen und die unterstellte Absicht Österreichs, auch Serbien zu annexieren, nicht hinnehmen dürfe, wenn es nicht seine letzte zuverlässige Bastion auf dem Balkan – und sein internationales Prestige – verlieren wollte. Zweifellos folgte daraus, dass man es auch mit Deutschland zu tun haben würde; ein serbisch-österreichischer Krieg hätte (vielleicht) noch ein lokaler sein können, ein russisch-österreichischer nicht. *Diesseits* einer solchen, unverhandelbaren Prämisse aber gab es in der zarischen Regierung unterschiedliche Temperamente und Entscheidungsgesichtspunkte. Dabei zeichnen sich mit Blick auf die letzten Friedenstage nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien am 10./23. Juli 1914 vor allem drei Positionen ab:

- (1) Der Außenminister Sazonov hatte das Ultimatum zwar mit den oft zitierten Worten kommentiert, dies sei „der europäische Krieg“. Das hinderte ihn aber nicht daran, den eigens einberufenen Ministerrat anderntags zu einem Kompromissvorschlag zu veranlassen und auf eine Fristverlängerung zu drängen (zu der es nicht kam). Auch nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien am 15./28. Juli bemühte sich der russische Außenminister in mehreren Unterredungen mit dem deutschen Botschafter Friedrich von Pourtalès, die Berliner Regierung dazu zu bewegen, mäßigend auf Österreich einzuwirken. Doch die deutsche Seite zeigte sich hartleibig und brachte Österreich erst zu einer *unverbindlichen*, weil bloß von Pourtalès mitgeteilten Versicherung, es werde die serbische Souveränität respektieren, als es schon zu spät

¹² Vgl. Geyer, Der russische Imperialismus, S. 236.

war. Im Übrigen forderte die Berliner Regierung von Russland, auf eine allgemeine Mobilmachung zu verzichten, und drohte andernfalls unverhohlen mit militärischen Konsequenzen. Dies bewog Sazonov wohl am 16./29. Juli, die Hoffnung auf eine deutsche Intervention in Wien fahren zu lassen.

- (2) Damit schloss er sich der Haltung der Armeeführung an, die nach der österreichischen Kriegserklärung eine bereits bestehende Vor-Mobilmachung in eine „Teil-Mobilmachung“ umgewandelt hatte (am 16./29.) und auf den nächsten Schritt, die Generalmobilmachung, drängte. Dem Argument Suchomlinovs und seines Generalstabs, andernfalls werde die russische Armee in hoffnungslosen Rückstand geraten, verliehen Meldungen über eine Konzentration österreichisch-ungarischer Truppen an der russischen Grenze in der Frühe des 17./30. Juli Nachdruck.
- (3) Es blieb der Zar, dessen Zustimmung anders als bei der Teil-Mobilmachung erforderlich war. Nikolaus zögerte am längsten. Er schickte seinem kaiserlichen Cousin in diesen Tagen gleich zweimal (am 15./28. und 16./29.) Telegramme mit der Bitte um Vermittlung und Klärung der deutschen Haltung. Und obwohl Wilhelm das österreichische Vorgehen rechtfertigte, schenkte er dessen beruhigenden, aber unauf richtigen Worten, er halte eine Begrenzung des Krieges auf die beiden unmittelbaren Kontrahenten für möglich, so viel Glauben, dass er befahl, die bereits genehmigte Generalmobilmachung wieder anzuhalten (um Mitternacht zum 17./30. Juli). Erst am Nachmittag des angebrochenen Tages beugte er sich den Argumenten seines Außenministers, der ihn in einem langen Vortrag an seine nationale Pflicht erinnerte, und stimmte, sich erneut korrigierend, der allgemeinen Mobilisierung wieder zu. Immer noch hielt Nikolaus es aber für nützlich, dem deutschen Kaiser zu versichern, Russland werde nicht intervenieren, solange Serbien und Österreich in Verhandlungen stünden.¹³

Die Frage ist bis heute offen geblieben, ob solche Versicherungen der russischen Regierung ernst gemeint waren – mithin, ob der große Krieg hätte verhindert werden können, wenn man auf sie eingegangen wäre. Dies bleibt natürlich Spekulation und neue Dokumente sind nach meiner Kenntnis auch nicht aufgetaucht. Aber mir leuchtet ein Gedanke sehr ein, den Gerd Krumeich in der besten, vor wenigen Monaten erschienenen Zusammenfassung der nun ebenfalls beinahe hundertjährigen Debatte über den „Juli 1914“ geäußert hat: dass es falsch sei, die „allgemeine Mobilmachung“ mit der *physischen Grenzüberschreitung* durch bewaffnete Truppen, also mit dem tatsächlichen Kriegsbeginn, gleichzusetzen.¹⁴ Anders gesagt: Auch die allgemeine Mobilmachung hätte widerrufen werden können – wenn man nur ernsthaft *wollt* hätte. Wie bekannt, wollte der adressierte Berliner Cousin nicht. Nach einem Ultimatum, auf das die russische Regierung erwartungsgemäß nicht reagierte, erklärte das Deutsche Reich dem Russischen am 19. Juli/1. August den Krieg.

Für das lange Zögern des Zaren mag man neben persönlichen und strategisch-innen politischen Motiven (wie der Ahnung der eigenen militärischen Unterlegenheit) auch traditionell-historische Gründe anführen. Immer noch gab es keine „harten“ politisch territorialen Interessengegensätze zwischen dem Deutschen und dem Russischen Reich;

¹³ Vgl. die minutiösen ‚Tagesprotokolle‘ bei Krumeich, Juli 1914, S. 146ff.

¹⁴ Krumeich, Juli 1914, S. 136f, 155 u. ö.

beide hatten seit anderthalb Jahrhunderten (seit dem Siebenjährigen Krieg, wenn man Preußen als Vorläufer des Reichs betrachtet) in Frieden miteinander gelebt, und die dynastischen Beziehungen der Zarenfamilie zu deutschen Fürstenhäusern waren seit Peter dem Großen überaus eng. Dass es dennoch zum Krieg kam, belegt besonders schlagend, dass auch zwischen Deutschland und Russland ein neues Zeitalter begonnen hatte, in dem *Ideologien* stärker waren als Tradition und Geschichte und in dem die zunehmend von der politischen *Öffentlichkeit* bestimmte *Nation* zur entscheidenden, im Autokraten nicht mehr verkörperten, sondern ihn eher bedrängenden Größe geworden war.